



Policy **brief**

Regionale Zusammenarbeit in der Alterspolitik

UNECE Kurzdossier zum Thema Altern Nr. 11
Juni 2012

Verpflichtung 10 der UNECE-Strategie zum Thema Altern: Umsetzung der angestrebten regionalen Strategie durch regionale Zusammenarbeit fördern und begleiten.

Inhalt

Kontext: Alternende Gesellschaften und gemeinsame Strategien	1
Empfohlene Strategie: Zusammenarbeit	1
Erwartetes Ergebnis	1
Einleitung	2
- Weshalb ist eine regionale Zusammenarbeit für die Verbesserung der nationalen Alterspolitik vorteilhaft?	2
- Vorteil einer regionalen Zusammenarbeit für Länder mit einer gut ausgebauten Infrastruktur im Bereich Alterspolitik.....	2
- Vorteil einer regionalen Zusammenarbeit für Länder mit Bedarf am Ausbau ihrer Infrastruktur im Bereich Alterspolitik.....	2
Wirtschaftliches Zusammenspiel und Arbeitsmärkte	3
Rentensysteme.....	4
Langzeitpflege und Gesundheitspolitik	6
Migration von Pflegepersonal	6
- Zielländer	7
- Herkunftsländer	8
Erwachsenenbildung und Freiwilligentätigkeit	8
Schlussfolgerung und Empfehlungen	9
- Wirtschaftliches Zusammenspiel und Arbeitsmarkt.....	9
- Rentensysteme	9
- Langzeitpflege und Gesundheitspolitik.....	9
- Migration von Pflegepersonal.....	10
- Erwachsenenbildung und Freiwilligentätigkeit	10
Literaturverzeichnis	11
Checkliste.....	12

Good Practice Beispiele

- Arbeitsgruppe der UN-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE) zum Thema Altern
- Europäische Initiative zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von älteren Arbeitnehmern
- Gesundheitsnetzwerk Südosteuropa (SEEHN)
- Workshop zum Thema "Kommunale Angebote für ältere Menschen" in Haifa, Israel
- Grundtvig-Programm der Europäischen Union
- Zusammenarbeit von Deutschland im Bereich Freiwilligentätigkeit mit Österreich, der Republik Tschechien und Polen

Die Herausforderung

Die Alterung der Gesellschaft ist in der nationalen Politik ein häufig diskutiertes Thema, dennoch besteht eine Notwendigkeit diese Thematik auch gemeinschaftlich auf regionaler, subregionaler und internationaler Ebene anzugehen, da sich viele Problematiken in diesem Zusammenhang länderübergreifend zeigen. Eine regionale Zusammenarbeit erscheint sinnvoll, umso mehr als Gesellschaften in Ländern der gleichen Region häufig ähnliche kulturelle, wirtschaftliche oder politische Hintergründe aufweisen.

Empfohlene Strategie

Um die Herausforderungen einer alternden Bevölkerung anzugehen, ist es sinnvoll, wenn die Mitgliedstaaten die regionale Umsetzungsstrategie (RIS) der UNECE zum Internationalen Aktionsplan von Madrid über das Altern (MIPAA) weiter vorantreiben. Der Aktionsplan umfasst alle relevanten Akteure, wie Regierungen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Forschergemeinschaften. Der weitere Ausbau eines multifunktionalen Netzwerks trägt zum gegenseitigen Erkenntnisaustausch unter den Mitgliedstaaten bei und hilft, Wissen und Erfahrungen im Bereich Altern zu bündeln und allen zugänglich zu machen. In diesem Kurzdossier zum Thema Altern werden folgende Bereiche behandelt: Arbeitsmarktprogramme, Langzeitpflege, Migration und Erwachsenenbildung. In diesen Bereichen scheinen gemeinsame Projekte oder zumindest eine bessere Kommunikation nötig zu sein.

Erwartete Ergebnisse

Mit diesem Kurzdossier soll die regionale und subregionale Zusammenarbeit zwischen UNECE-Mitgliedstaaten in verschiedenen alterungsrelevanten Politikfeldern verstärkt und damit letztlich die politische Strategie auf nationaler Ebene unterstützt werden. Basierend auf Erfahrungsaustausch und Good Practice werden sich gemeinsame Standards für diesen wichtigen Bereich der Gesellschaft entwickeln sowie weiterführen lassen und wesentlich zur Stärkung aller Generationen beitragen.

Einführung

Regionale Zusammenarbeit kann auf verschiedene Arten erfolgen. So kann "regional" in einigen Fällen die Zusammenarbeit zwischen örtlich bzw. administrativ verbundenen Regionen innerhalb eines Mitgliedstaates bedeuten. Allerdings bezieht sich "regional" häufiger auf die länderübergreifende Zusammenarbeit in einem bestimmten geopolitischen Raum. In diesem Kurzdossier bezieht sich der Begriff "regionale Zusammenarbeit" auf Aktivitäten und Initiativen innerhalb des UNECE-Raums und umfasst Länder in Europa, Zentralasien, dem Kaukasus und Nordamerika.

Es gibt auch zahlreiche Formen von subregionaler Zusammenarbeit, basierend entweder auf bestimmten Themen oder gemeinsamen Problemen in bestimmten Subregionen. Es sind zwar verschiedene Anstrengungen zur regionalen Zusammenarbeit beim Thema Altern in der Europäischen Union unternommen worden, doch findet die Arbeit der UNECE in diesem Bereich unter dem Madrider Aktionsplan (MIPAA) statt und unterscheidet sich seither vom EU-Rahmen. Beim Angehen von regionenübergreifenden Problematiken kann ein Blick auf die weltweiten sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen als auch auf die Menschenrechtstandards von Vorteil sein. Mit der Verpflichtung zu einer globalen Initiative wie dem Madrider Aktionsplan (MIPAA) und dessen Regionaler Umsetzungsstrategie (RIS) profitieren die Mitgliederländer von gemeinsamen, international vereinbarten Standards für ihre ältere Bevölkerung, indem der regionale Kontext einbezogen wird.

Weshalb ist eine regionale Zusammenarbeit für die Verbesserung der nationalen Alterspolitik vorteilhaft?

Vorteil einer regionalen Zusammenarbeit für Länder mit einer gut ausgebauten Infrastruktur im Bereich Alterspolitik

Für Länder mit einer breit ausgebauten Infrastruktur an Dienstleistungen für ältere Menschen mag sich die Frage stellen, inwiefern sie von einer Zusammenarbeit mit Ländern profitieren können, die sich noch im Ausbau einer solchen Infrastruktur befinden. Allerdings scheint klar, dass in einer globalisierten und vernetzten Welt, Themen wie die Deckung des Bedarfs an Langzeitpflege, die finanzielle Altersversorgung, die Arbeitsmarktteilnahme bzw. Einbindung in den lebenslangen Lernprozess über die nationalen Grenzen hinausgehen. Die Unterstützung anderer Länder bei der Entwicklung dieser Bereiche ist ein Beitrag zur Schaffung einer sichereren, menschlicheren und sozialeren Umwelt, was wiederum zum Vorteil aller gereicht. Im gegenteiligen Fall, d.h. wird der regionale Aspekt ausser Acht gelassen und nur auf die inneren Angelegenheiten fokussiert, bleiben die exogenen sozialen Einflüsse auf interne Angelegenheiten unberücksichtigt. Ein schrittweises Vorgehen mit kleinen Projekten in der regionalen Zusammenarbeit kann letztlich das Erreichen des Hauptziels erleichtern, nämlich die Umsetzung einer gemeinsamen, regionalen Alterspolitik unter Zusammenarbeit aller UNECE-Länder.

Vorteil einer regionalen Zusammenarbeit für Länder mit Bedarf am Ausbau ihrer Infrastruktur im Bereich Alterspolitik

UNECE-Länder, die sich noch in der Anfangsphase der Einrichtung von Alterungsstrukturen befinden, werden die Unterstützung und regionale Hilfe anderer Mitgliedstaaten begrüßen. Jede Unterstützung kann sich positiv auf Programme und Strategien auswirken, da sie aus den Erfahrungen von Ländern mit bereits gut ausgebauter Infrastruktur schöpfen können. Länder, die sich um eine Zusammenarbeit innerhalb bestimmter Gebiete und Regionen bemühen, beweisen, dass sie die Bedeutung einer gemeinsamen Verantwortlichkeit im Umgang mit den Herausforderungen einer alternden Bevölkerung verstanden haben. Durch die Zusammenarbeit mit anderen UNECE-Mitgliedstaaten tauschen die Länder automatisch ihre Erfahrungen untereinander aus und stärken ihre Beziehungen innerhalb der Region.

UNECE-Arbeitsgruppe zum Thema Altern

Die UNECE-Arbeitsgruppe zum Thema Altern (WGA) wurde 2008 als Führungsorgan zur Umsetzung der Regionalen Umsetzungsstrategie der UNECE zum Internationalen Aktionsplan von Madrid über das Altern (MIPAA/RIS) gegründet. Die Arbeitsgruppe besteht aus Vertretern aus über 50 UNECE-Mitgliedstaaten und bietet sowohl den Mitgliedern als auch weiteren Experten eine Plattform zum Austausch strategischer Betrachtungsweisen in der Alterspolitik. Es soll ebenfalls ein Erfahrungsaustausch bei der Umsetzung des Madrider Aktionsplan (MIPAA/RIS) stattfinden. Das Arbeitsprogramm der Arbeitsgruppe wird mit Unterstützung durch das UNECE-Sekretariat umgesetzt und umfasst folgende vier Elemente:

- 1) Kurzdossiers zu spezifischen Thematiken im Zusammenhang mit Altern unter dem Madrider Aktionsplan (MIPAA/RIS). Die Inhalte basieren auf dem aktuellen Stand der Forschung und auf empirischen Erkenntnissen zu den entsprechenden Themen. Ein wichtiges Element der Kurzdossiers liegt im gegenseitigen Austausch an Beispielen guter Praxis unter den Mitgliedstaaten.
- 2) Kontrolle der Umsetzung des Madrider Aktionsplans (MIPAA/RIS), auch mit Indikatoren zur Zielerreichung. Gegenwärtig werden sechs verschiedene Bereiche mit Indikatoren zu Demografie, Einkommen und Wohlstand, Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktteilnahme, soziale Sicherheit und finanzielle Nachhaltigkeit, geschlechterspezifische und Langzeitpflege abgedeckt.
- 3) Kompetenzentwicklung mit vorrangig zwei Handlungssträngen: Schulungs-Workshops zur Verbesserung des Wissens um alterungsbezogene Themen und länderspezifische Aktionspläne ("Road Maps"), die konkrete Angaben zur Ist-Situation in den Ländern und damit Empfehlungen zur Hauptentwicklungsrichtung von altersspezifischen Programmen liefern können. Aktionspläne werden auf Verlangen eines Landes vorbereitet.
- 4) Analyse von generationenübergreifenden Familienbeziehungen, basierend auf Daten aus dem "Generations and Gender Programme" (GGP).

Quelle: United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) (2011). Working Group on Ageing. <http://live.unece.org/pau/Welcome.html> (Site-Zugriff vom 24. Mai 2011)

Kurzdossiers (policy briefs) siehe: http://live.unece.org/pau/age/policy_briefs/welcome.html.

Kompetenzaufbau siehe: <http://www.unece.org/pau/age/capacity/welcome.html>

Kontrolle -Indikatoren siehe: <http://www.monitoringris.org/>

Die neuesten Publikationen zum Thema generationenübergreifende Familienbeziehungen in alternden Gesellschaften können unter folgendem Link heruntergeladen werden: <http://live.unece.org/index.php?id=10581&L=0>

Für detailliertere Informationen wenden Sie sich bitte per E-Mail an die Abteilung Bevölkerung der UNECE unter folgender Adresse: ageing@unece.org.

Wirtschaftliches Zusammenspiel und Arbeitsmärkte

Der Arbeitsmarkt spielt bei der Ausgestaltung der Lage künftiger alternder Gesellschaften eine wesentliche Rolle. Werden arbeitswillige Personen, die aber auf dem aktuellen Arbeitsmarkt keine Anstellung finden, nicht integriert, werden sich alternde Gesellschaften in Zukunft mit einem Mangel an Arbeitskräften konfrontiert sehen. Der Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter wird im Vergleich zum Anteil an Personen in Rente abnehmen. Zudem werden ältere Menschen schon bald einen erheblichen Prozentsatz der Verbraucher in Gesellschaften mit unter der Bestandserhaltung liegenden Reproduktionsraten¹ ausmachen und damit das Verbraucherverhalten und folglich die Wirtschaftswachstumsrate beeinflussen. In Europa waren Arbeitnehmer der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen nicht gleich stark von der kürzlichen Wirtschaftskrise betroffen wie andere Altersgruppen.² Doch wirkte sich die Krise auf die Ausgabefreudigkeit und Rentensystemreformen insofern aus, als vermehrt gespart wurde. Voraussichtlich wird die Gruppe der über 65-Jährigen im UNECE-Raum bis zum Jahr 2030 und mit dem Erreichen des Rentenalters der geburtenstarken Jahrgänge in Europa 20,1 Prozent ausmachen.³ In der Europäischen Union sind Anstrengungen zur Unterstützung von älteren Erwerbstätigen unternommen worden. Beispiele dafür sind die Personenfreizügigkeit und andere Massnahmen, die den Mitgliedstaaten helfen, die Qualifikationen älterer Erwerbstätiger und deren Kaufkraft zu nutzen. Über die EU-27 hinausreichende regionale Zusammenarbeit in Bezug auf altersfreundliche Erwerbstätigkeitsprogramme ist unabdingbar, wenn die auftretenden sozialen und wirtschaftsbezogenen Dynamiken gelenkt werden sollen, besonders was die globalen Arbeiterströme angeht, deren Handhabung aktuell weniger gut gelingt als in der EU-Region.

¹ Reproduktionsrate: Die Bruttoreproduktionsziffer würde, falls über längere Zeit unverändert.

² Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Europäische Wirtschaft: Progress and Key Challenges in the Delivery of Adequate and Sustainable Pensions in Europe, Occasional Paper No. 71, November 2010, Brüssel, S. 48 – 50 (Angemessene und nachhaltige Renten) http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2010/pdf/ocp71_en.pdf

³ United Nations Department of Economic and Social Affairs (UNDESA). Population Division. World Population Prospects: The 2010 Revision

Europäische Initiative zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen älterer Erwerbstätiger

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) arbeitet an Initiativen zur Förderung der Verlängerung des Arbeitslebens und einem späteren Renteneintrittsalter in den Ländern der Europäischen Union. Eine der Zielsetzungen liegt im Transfer von Wissen und Erfahrungen älterer Erwerbstätiger auf die jüngere Generation. Weitere Themen sind die Gesundheit und der Schutz von älteren Arbeitnehmern durch die Einführung von Arbeitsbedingungen, die auf deren spezifischen Bedürfnisse zugeschnitten sind. Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb europäischer Länder zwischen den verschiedenen Akteuren, beispielsweise Regierungen, Sozialpartnern und Firmen, schafft ein Netzwerk zum Austausch von Informationen zu altersbezogenen Themen. Spezielle Aufmerksamkeit gilt dabei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen von älteren Arbeitnehmern mit dem Ziel, krankheitsbedingte Absenzen zu reduzieren und eine Verlängerung gesunder Arbeitsleben zu erreichen. Ein Teilaspekt der Projekte war, dass die Öffentlichkeit für den Anstieg des Durchschnittsalters der Arbeitsbevölkerung und den sich daraus ergebenden Konsequenzen für den Arbeitsmarkt sensibilisiert werden konnte. Aufgrund dessen wuchs die Einsicht, dass die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern und deren einmaliger und wertvoller Beitrag nutzbringend ist, was manche Firma in Europa dazu veranlasste, ihre Firmenphilosophie entsprechend zu ändern.

Quelle: The European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions www.eurofound.europa.eu/research/0296.htm (Site-Zugriff vom 19. September 2011)

Für detailliertere Informationen wenden Sie sich bitte an das Büro in Dublin, Irland, Tel. + 353 1 2043100, oder via E-Mail: Information@eurofound.europa.eu, oder an das Kontaktbüro in Brüssel, Belgien, Tel. +32 2 280 64 76; +32 2 230 51 61, oder via E-Mail: Eurofound.brusselsoffice@eurofound.europa.eu

Rentensysteme

Regionale Zusammenarbeit im Bereich Altersversorgung kann über den Austausch von Wissen und Erfahrung im Zusammenhang mit Steuerreformen oder durch einen gemeinsamen Gesetzesrahmen zur Übertragbarkeit von Renten erfolgen. Damit kann Rentenempfängern ermöglicht werden, ihre Rente in einem anderen Land zu erhalten, als in demjenigen, in dem sie das Kapital angespart haben. Die Hauptzielsetzung bei der regionalen Zusammenarbeit liegt im Vermeiden von Armut unter der alternden Bevölkerung, da Anzahl und Anteil an Personen in Rente in den kommenden Jahrzehnten zunehmen werden. Zudem sollen best mögliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um älteren Menschen ein sicheres Einkommen zu ermöglichen.

Im Hinblick auf die Steuerpolitik auf nationaler Ebene sind sich die meisten UNECE-Länder als auch die Europäische Kommission einig,⁴ dass Reformen nötig sind, um sich auf die wirtschaftlichen Folgen von alternden Bevölkerungen einzustellen. Das trifft bei der Altersversorgung besonders zu, weil in vielen Ländern mit einem so genannten PAYG-Rentensystem die Aufwendungen für Renten einen erheblichen und zunehmenden Teil der nationalen Jahresbudgets ausmachen. Das übergeordnete Ziel sollte darin liegen, eine auf lange Sicht nachhaltige nationale Steuerpolitik zu betreiben, denn Nachhaltigkeit steht für die Fähigkeit einer Regierung, ihre finanzielle Schuldenlast in Zukunft zu tragen.⁵ Da viele UNECE-Länder mit ähnlichen Herausforderungen in diesem Bereich konfrontiert sind, kann der Austausch von Good Practice und Erfahrungen zum gewünschten Lernprozess beitragen.⁶

Das Thema Transfer von Altersrenten und Krankenversicherungsleistungen älterer Menschen, die ihren Ruhestand, aus welchem Grund auch immer, nicht im ursprünglichen Land verbringen, gibt zu wichtigen Fragen Anlass. Ein Rahmenwerk für die Übertragbarkeit von Renten wäre besonders ausserhalb der Europäischen Union wichtig, da die EU diesbezüglich bereits Vorkehrungen getroffen hat. Ebenfalls sind Reglemente für Personen nötig, die während ihres Arbeitslebens in ein anderes Land ziehen, dort (staatliche) Rente oder Gutschriften ansparen und dann für ihren Ruhestand in ihr Herkunftsland zurückkehren.

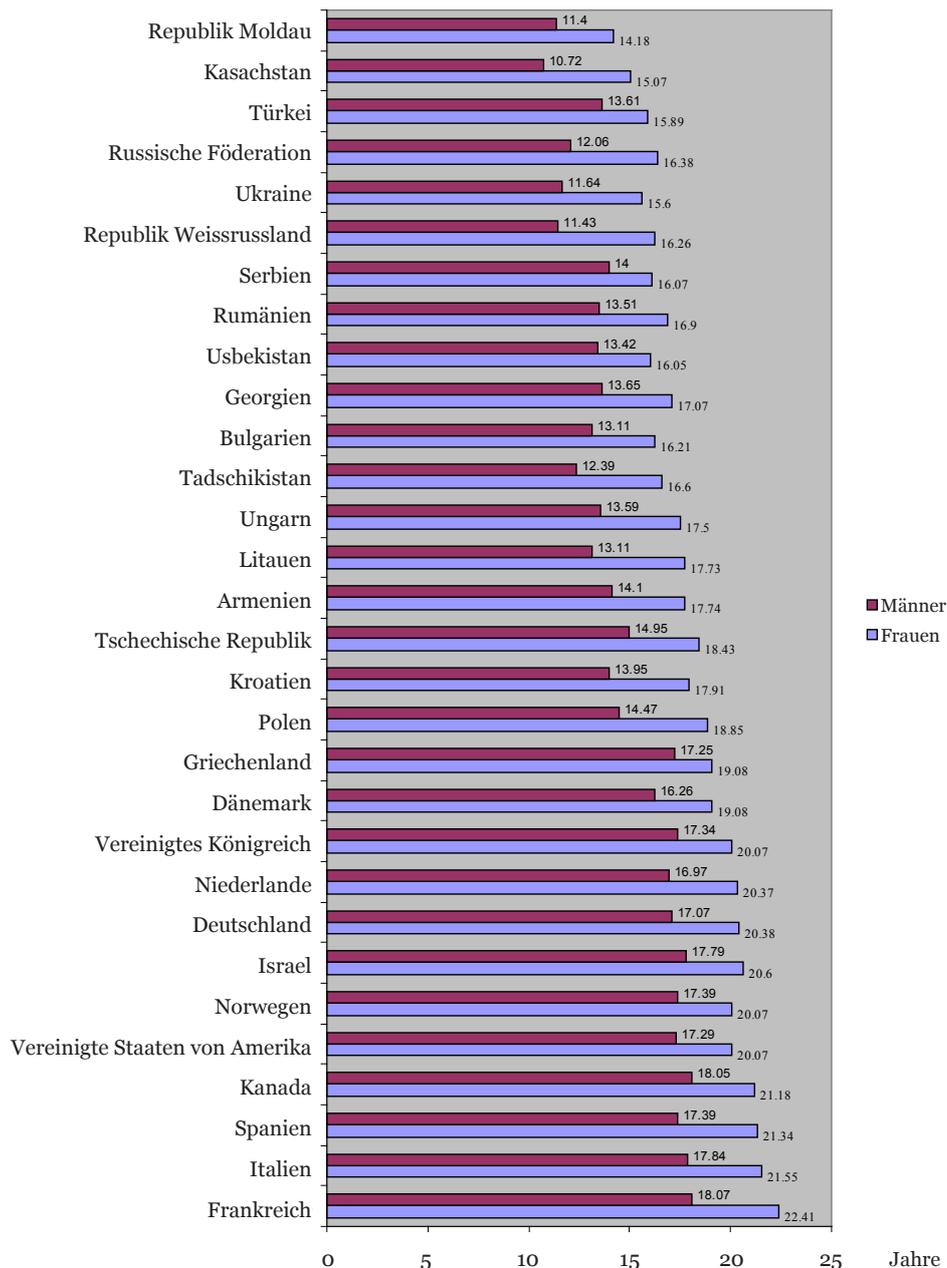
⁴ Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Communication from the Commission to the European Parliament and the Council.- Long-term Sustainability of Public Finances for a Recovering Economy. Brussels COM(2009) 545/3.

⁵ Ibid, S. 3.

⁶ Für detailliertere Informationen zu diesen Themen siehe auch: Meier, V.; Werding, M.: Ageing and the Welfare State: Securing Sustainability. Oxford Review of Economic Policy. 2010 26 (4): S. 655-673.

Bei einer regionalen Zusammenarbeit im Bereich Rentenreformen ist dem Anspruch auf Langzeitpflegeleistungen Rechnung zu tragen, besonders in den Fällen, wo die Möglichkeit des Transfers von angespartem Rentenskapital von einem Land in ein anderes nicht gegeben ist. Dies ist dort umso wichtiger, wo einige Mitgliedstaaten erwarten, dass die Rentner in ihrem Land ganz oder teilweise selber für Pflegeleistungen aufkommen.

Abbildung: Voraussichtliche Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren in ausgewählten UNECE-Ländern in den Jahren 2005 – 2010



Quelle: United Nations Department of Economic and Social Affairs (UNDESA). Population Division. World Population Prospects: 2010

Langzeitpflege und Gesundheitspolitik

Da der Anteil von älteren Menschen, besonders die Gruppe der Hochbetagten, im Verhältnis zum Anteil der Arbeitsbevölkerung ansteigen wird, kann davon ausgegangen werden, dass der Anteil der Bevölkerung mit Pflegebedarf ebenfalls steigen wird. Gleichzeitig wird der Anteil der Personen, die diesen Pflegebedarf decken können, zurückgehen. Langzeitpflege zielt darauf ab, jedem Menschen, der nicht selbst dazu in der Lage ist, die best mögliche gesundheitsbezogene Lebensqualität zu bieten. Gruppen, die am ehesten langzeitpflegefähig werden, umfassen unter anderem Personen mit chronischen Krankheiten, HIV- bzw. AIDS-Patienten, psychisch Beeinträchtigte, einschliesslich an Demenz Erkrankte, ältere Personen mit motorischen Einschränkungen und Menschen mit physischen Beeinträchtigungen.⁷ Die Mitgliedstaaten können von Ländern mit Good Practice und ähnlichem wirtschaftlichen und kulturellem Hintergrund lernen und so ihre Dienstleistungen in diesem Bereich verbessern und zur Etablierung gemeinsamer Standards beitragen. Durch die Sicherstellung eines angemessenen Patienten-/Personal-Verhältnisses, der Qualifikation des Personals sowie der Sicherheitsbedingungen in der Langzeitpflege kann eine hohe Pflegequalität gewährleistet werden.

Gesundheitsnetzwerk Südosteuropa (SEEHN)

- Das Südosteuropäische Gesundheitsnetzwerk (SEEHN) ist ein institutionelles und politisches Forum, das vor zehn Jahren von folgenden Regierungen gegründet worden ist: Albanien, Bulgarien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro, Republik Moldau, Rumänien, Serbien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Seit der Gründung des Forums haben die Mitgliedstaaten grosse Anstrengungen zur Stärkung der Gesundheitspolitik und zur Erreichung eines nachhaltigen Gesundheitsreformprozesses durch regionale Zusammenarbeit unternommen.
- Zehn Jahre nach der Gründung des Südosteuropäischen Gesundheitsnetzwerkes 2001 mit der Verpflichtung von Dubrovnik wurde im November 2010 in Albanien ein grenzübergreifendes politisches Dokument für die regionale Entwicklung im Gesundheitswesen unterzeichnet. Während dieses Forums der Gesundheitsminister wurde beschlossen, die regionale Zusammenarbeit im Gesundheitswesen weiter zu entwickeln und eine Modernisierung der entsprechenden Gesundheitssysteme anzupeilen. Die wirtschaftliche Bedeutung eines gut funktionierenden Gesundheitswesens wurde als unabdingbare Voraussetzung zur Erhaltung einer gesunden Arbeitsbevölkerung aller Altersgruppen erkannt, damit diese produktiv bleibt und der Lebensstandard über die ganze Lebensspanne aufrecht erhalten werden kann.
- Quelle: World Health Organization (WHO): Public Health Services: South-Eastern Europe Health Network (SEEHN) <http://www.euro.who.int/en/what-we-do/health-topics/Health-systems/public-health-services/activities/south-eastern-europe-health-network-seehn> (Site-Zugriff vom 15. September 2011).
- Für detailliertere Informationen wenden Sie sich an Dr. Maria Ruseva, Regional Adviser, Public Health Services in the Division of Health Systems and Public Health, WHO Regional Office for Europe in Kopenhagen, Dänemark, Tel.: +45 39 17 15 13, oder via E-Mail: mah@euro.who.int.

Ausser dem Beitrag zum Lernprozess im Pflegebereich und damit letztlich der Verbesserung der Dienstleistungen, zeitigt die regionale Zusammenarbeit durch die steigende Nachfrage nach Pflegepersonal auch grenzübergreifende Auswirkungen. Die Migration von Pflegepersonal ist in vielen UNECE-Mitgliedstaaten bereits allgemein üblich, wobei einige Länder mehr Zuwanderung verzeichnen, während andere eher als Herkunftsländer gelten (allerdings verbergen die Nettoströme die Tatsache, dass einige Länder sowohl Zuwanderung als auch Abwanderung von Pflegepersonal erfahren).

Migration von Pflegepersonal

In der Migration von Pflegepersonal wird die Notwendigkeit regionaler Zusammenarbeit besonders deutlich sichtbar. Die grenzüberschreitenden Wanderbewegungen von qualifizierten Pflegefachleuten und Pflegepersonal im Allgemeinen wirkt sich normalerweise auf beide involvierten Länder aus. Momentan gibt es wenig vergleichbares Datenmaterial zu grenzüberschreitendem Pflegepersonal. Die Thematik ist nicht ausreichend erforscht und die verschiedenen Status je nach rechtlicher, wohnsitzbezogener und Erwerbssituation machen die Zusammenstellung genauer Statistiken nicht gerade einfach. Eine regionale Sicht auf die Thematik würde es ermöglichen, die internationale Dynamik von Migrationsströmen zu verstehen und gemeinsam anzugehen.

⁷ Brodsky, J.; Habib, J.; Hirschfeld, M.: Key Policy Issues in Long-term Care, WHO collaborating Centre for Research on Health of the Elderly JDCBrookdale Institute, Geneva, 2003: 228-230.

Workshop in Haifa, Israel, zum Thema "Kommunale Angebote für ältere Menschen"

Die Agentur für Internationale Zusammenarbeit (MASHAV) des israelischen Außenministeriums führt im Golda Meir Mount Carmel Training Centre (MCTC) in Haifa zahlreiche Weiterbildungskurse durch, die darauf abzielen, die Kompetenzen in den Ländern der Teilnehmenden zu verbessern. In Zusammenarbeit mit der Population Unit der UNECE wurde im Golda-Meir-Zentrum im Februar 2011 ein 12-Tage-Workshop zum Thema "Kommunale Angebote für ältere Menschen" organisiert. Weitere Workshops zu ähnlichen Themen werden folgen.

Der Workshop bot den Experten aus verschiedenen UNECE-Mitgliedstaaten die Gelegenheit, ihre Erfahrungen und Good-Practice-Ansätze auszutauschen und gemeinsam Projekte für eine weitere Zusammenarbeit im Bereich kommunaler Pflegeleistungen zu entwerfen. Israel verfügt über sehr gut ausgebaute Dienstleistungen auf kommunaler Ebene und wurde diesbezüglich als Vorbild präsentiert. Weitere Themen waren altersrelevante Gesetze und politische Programme, verschiedene Vorgehensweisen und Methoden zur Entwicklung und Verwaltung von Dienstleistungen, Unterschiede zwischen den Ländern in Bezug auf das Altern sowie Beispiele kommunal ausgerichteter Programme in Israel. Die Teilnehmenden bewerteten den Workshop als sehr nützlich für ihre Arbeit.

Quelle: United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) (2011). Working Group on Ageing. <http://live.unece.org/pau/age/capacity/welcome1.html>. (Site-Zugriff vom 15. September 2011)

Für detailliertere Informationen wenden Sie sich via E-Mail an UNECE: ageing@unece.org.

Für weitere Angaben zur Agentur für internationale Zusammenarbeit MASHAV und deren Schulungszentrums MCTC siehe: <http://mctc.co.il> (Site-Zugriff vom 15. September 2011)

Zielländer

Wie bereits erwähnt, ist die Deckung der Nachfrage nach Pflegepersonal bei Personalknappheit und für die Langzeitpflege mit Personen aus anderen Ländern in vielen UNECE-Mitgliedstaaten gang und gäbe.⁸ Besonders in südeuropäischen und Mittelmeerländern lässt sich ein Trend nach privater Beschäftigung von Personen aus dem Ausland durch die alternde Bevölkerung beobachten. Laut Statistik ist in Griechenland ein Viertel aller Migranten in den Bereichen Langzeitpflege oder Haushaltsdienstleistungen beschäftigt, wovon 80 Prozent Frauen sind.⁹ Ähnlich werden in der Türkei Arbeitnehmer aus Moldawien und Bulgarien hauptsächlich in privaten Haushalten beschäftigt. In Italien, wo der ältere Bevölkerungsteil über 20 Prozent ausmacht, wird rund 13 Prozent der informellen Pflege durch Personal aus dem Ausland gedeckt, üblicherweise in einem privaten Umfeld.¹⁰ In Israel wird jede dritte pflegebedürftige Person durch ausländisches Personal betreut.¹¹ Diese Praxis kommt auch in west- und mitteleuropäischen Ländern vor (z.B. Österreich und Deutschland). Sie breitet sich auch in traditionell familienorientierten Ländern wie Irland und dem Vereinigten Königreich aus.¹² Laut dem Netzwerk für Migration in Europa und der deutschen Bundeszentrale für politische Bildung befinden sich etwa 100 000 Migranten als Pflegeangestellte in Deutschland, hauptsächlich aus Osteuropa. Nur zwei Prozent von ihnen sind offiziell registriert.¹³

Ausländische Pflegeangestellte sehen sich häufiger mit schlechten Arbeitsbedingungen, unregelmässigen Anstellungen oder langen Arbeitszeiten ohne Bezahlung von Überstunden konfrontiert. Es ist deshalb notwendig, dass ein angemessener gesetzlicher Rahmen geschaffen wird, der die grosse Bedeutung der ausländischen Pflegefachleute reflektiert, ihnen ausbeuterische Arbeitsbedingungen erspart und ihre grundlegenden Menschenrechte schützt.¹⁴

⁸ Siehe: World Health Organization (WHO): Health Care Migration in the European Region: Country Case Studies and Policy Implications. 2006.

⁹ Van Hoore, F.: Varieties of Migrant Care Work: Contrasting Patterns of Migrant Labour in Social Care in Italy, England and the Netherlands, Paper prepared for the Espanet Annual Conference 2010, Social Policy and the Global Crisis: Consequences and Responses.

¹⁰ Lamura, G., Di Rosa, M., Melchiorre, M.G., Chiatti, C.: ESPANet Conference: Social Policy and the Global Crisis; Stream 12.1/A. http://www.espanet2010.net/en/328.file/p_Lamura-Interaction%20among%20migrant%20care.pdf (Site-Zugriff vom 15. September 2011).

¹¹ Hoff, A.; Feldmann, S.; Vidovicova, L.: Migrant Home Care Workers Caring for Older People: Fictive Kin, Substitute, and Complementary Family Caregivers in an Ethnically Diverse Environment. In: International Journal of Ageing and Later Life: 2010 5 (2): 7-16.

¹² Van Hoore, F., 2010. Varieties of Migrant Care Work: Contrasting Patterns of Migrant Labour in Social Care in Italy, England and the Netherlands, Paper prepared for the Espanet Annual Conference 2010, Social Policy and the Global Crisis: Consequences and Responses

¹³ Netzwerk Migration in Europa der Bundeszentrale für politische Bildung. http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=090501 (Site-Zugriff vom 15. September 2011).

¹⁴ Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE): Handbook on Establishing Effective Labour Migration Policies in Countries of Origin and Destination, Press and Public Information Section, Vienna, 2006: 205-207.

Ebenso kann die Weiterentwicklung fachlicher und sprachlicher Fähigkeiten durch professionelle Schulung der Migranten zur gegenseitigen Nutzenoptimierung für Anbieter und Empfänger von Dienstleistungen im Langzeitpflegebereich beitragen. Entscheidungsträger in den Zielländern müssten ein Interesse daran haben sich zu überlegen, wie geeignete Massnahmen zum Schutz der Menschenrechte von Migranten ohne geregelten Aufenthaltsstatus bereit zu stellen sind. Als Basis dazu könnten qualitative und quantitative Abklärungen über die Lücken in der Abdeckung des Pflegebedarfs in ihrem Land dienen sowie über die aktuelle Situation von ausländischen Erwerbstätigen im Pflegesektor.

Herkunftsländer

Die Migration von Pflegepersonal aus dem Ausland hat vielerlei Hintergründe. Sie reichen vom Füllen von Bedarfslücken in den Zielländern über ein Verbessern des Berufswissens bzw. Investieren in die eigene Laufbahn bis zur Verbesserung des Lebensstandards.¹⁵ Wenn eine grosse Anzahl von Menschen ein Land verlässt, um in anderen Ländern in der Pflege zu arbeiten, kann im Herkunftsland ein Engpass an qualifiziertem Personal entstehen. UNECE-Mitgliedstaaten können dieser Entwicklung entgegenwirken, indem sie für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen der eigenen Berufsleute bemüht sind und beispielsweise Anreize zum Bleiben schaffen. Wo Ausreisewillige nicht zum Bleiben zu überzeugen sind, sollen sich die Länder wenigstens um die Einhaltung von Arbeitsgesetzen und Menschenrechten in den Zielländern ihrer Bürger bemühen. In Fällen von Migration durch illegalen Menschenhandel haben die Herkunftsländer alles zu unternehmen, um die Ausübung dieser unmenschlichen Handlungsweise zu verhindern. Eine der schlagkräftigsten Strategien liegt in der Förderung einer engen Zusammenarbeit zwischen Herkunftsländern und Zielländern. Werden Engpässe in der Pflege in den westeuropäischen Ländern durch Personal aus dem mittel- und osteuropäischen Raum abgedeckt, decken diese die so entstehenden eigenen Engpässe durch Personal aus noch östlicheren Gebieten ab, was wiederum in jenen Gegenden zu einem Ausbluten des Pflegesektors führt. Regionale Zusammenarbeit und Dialogbereitschaft würden helfen, diese Thematik so anzugehen, dass den Bedürfnissen aller gerecht wird.

Erwachsenenbildung und Freiwilligenarbeit

Beim Thema Altern kommt der Erwachsenenbildung große Bedeutung zu. Weiterbildung, beispielsweise auf sprachlicher oder beruflicher Ebene oder in den Informationstechnologien (IT), hilft den älteren Menschen, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten, aber auch bei der Bewältigung der täglichen Anforderungen. Von der Erwachsenenbildung können auch die ausländischen Arbeitskräfte im Pflegesektor profitieren. Es hilft ihnen, sich besser in ihr neues berufliches und gesellschaftliches Umfeld im Zielland zu integrieren. Eine regionale Zusammenarbeit auf politischer Ebene und bei der Programmausarbeitung und -durchführung trägt zur Bereicherung von Lebensläufen bei und ermöglicht bei der Gestaltung von Erwachsenenbildungsprogrammen und Projekten eine erweiterte Sicht auf die Erfahrungen der benachbarten Welt und der anderen Mitgliedstaaten.

Grundtvig-Programm der EU

Das Grundtvig-Programm soll zur Entwicklung des Bereichs Erwachsenenbildung beitragen und es mehr Menschen ermöglichen, Lernerfahrungen zu sammeln, vor allem in den europäischen Ländern. Das Programm fokussiert auf die Lehr- und Lernbedürfnisse der Teilnehmenden in der Erwachsenenbildung und von alternativen Bildungsangeboten sowie den Einrichtungen, die diese Leistungen erbringen. Mit dem Programm soll eine Verbesserung der Kenntnisse und Fertigkeiten der Menschen und deren Beschäftigungsmöglichkeiten erreicht, aber auch die Personalentwicklung erleichtert werden. Das Programm fördert verschiedene Aktivitäten, beispielsweise die Unterstützung von in der Erwachsenenbildung tätigen Lehrkräften, um im Ausland Lernerfahrungen zu sammeln und mittels Austauschprogrammen verschiedene andere berufliche und anderweitige Erfahrungen zu machen.

Quelle: Commission of the European Communities: The Grundtvig Programme. http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-programme/doc86_en.htm (Site-Zugriff vom 15. September 2011).

¹⁵ World Health Organization (WHO). 2006.

Erwachsenenbildung erfolgt auch im Zusammenhang mit Freiwilligenarbeit. Freiwilligenarbeit ist häufig eine neue Erfahrung für erstmals in diesem Bereich tätige Menschen, vor allem, wenn man in einem beruflichen Bereich tätig ist, der einem bis dahin unbekannt war. Die regionale Zusammenarbeit von Freiwilligenorganisationen aus verschiedenen Ländern erleichtert den kulturellen Austausch und die gegenseitige Verständigung. In der Europäischen Union wurde die Freiwilligenarbeit so gefördert, wie im Programm des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 dargelegt. Eine über die Grenzen der EU hinausgehende regionale Zusammenarbeit ist ebenfalls wünschenswert, da es den Teilnehmenden die Möglichkeit bietet, mehr über kulturelle, gesellschaftliche und politische Praktiken anderer Länder zu lernen.

Deutschland arbeitet im Bereich Freiwilligentätigkeit mit Österreich, der Tschechischen Republik und Polen zusammen

Das deutsche Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat anlässlich des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 und des Europäischen Jahres des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen 2012 das Projekt "Sieben Brücken" ins Leben gerufen. Mit dem Projekt soll der Erfahrungsaustausch im Bereich Freiwilligentätigkeit und Partnerschaften zwischen sieben Städten im Osten Deutschlands mit ihren jeweiligen Partnerstädten in Österreich, Tschechien und Polen gefördert werden. Unter anderem sollen Begegnungen zwischen den Teilnehmenden stattfinden und gemeinsam Projekte ausgearbeitet werden, abgestimmt auf die Bedürfnisse des jeweiligen Gebiets. Dabei bringt die deutsche Seite ihre Fachexpertise aus bereits angestossenen Programmen ein, beispielsweise Mehrgenerationenhäuser, Freiwilligendienste aller Generationen, Familien- und LernpatInnen, Pflegebegleitung und Senior Trainer. Das Projekt "Sieben Brücken" soll das interkulturelle Verständnis fördern und den Gedanken eines unterschiedlichen aber geeinten Europas festigen.

Quelle: Informationen zum Projekt: www.siebenbruecken.eu (Site-Zugriff vom 15. September 2011)
Oder wenden Sie sich an Kornelia Folk, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Tel. 03018 555-2440. Kornelia.Folk@bmfjsf.bund.de.

Schlussfolgerung und Empfehlungen

Dieses Kurzdossier bietet eine Einführung in verschiedene Bereiche des Themas Altern, für die eine regionale Zusammenarbeit unter dem Regelwerk des Internationalen Aktionsplan von Madrid über das Altern (MIPAA) als möglich und geeignet erscheint. Denkbar wäre das beispielsweise in den Bereichen Arbeitsmarktprogramme, Rentensysteme, Langzeitpflege, Migration und lebenslanges Lernen.

Wirtschaftliches Zusammenspiel und Arbeitsmarkt

Eine regionale Zusammenarbeit für altersgerechte Arbeitsmarktstrategien kann zur Schaffung gemeinsamer Standards im Bereich Alterspolitik führen. Erfahrungen bezüglich Förderung der Arbeitsmarktteilhabe können ausgetauscht werden. Bei der Personenfreizügigkeit im UNECE-Raum kann eine regionale Koordination als ein Element der Beschäftigungspolitik Rentnern Möglichkeiten zum Wiedereinstieg bzw. dem Verbleiben auf dem Arbeitsmarkt eröffnen.

Rentensysteme

Grenzübergreifende Kommunikation über die nationale Gestaltung von Rentenreformen kann von dem Hintergrund der Anpassung von Rentensystemen an die demografischen Veränderungen und einer alternden Bevölkerung Lösungsansätze für gemeinsam zu meisternde Aufgaben liefern. Eine regionale Zusammenarbeit, die den Rententransfer zwischen Ländern ermöglicht, ist nötig und erlaubt den Rentnern freie Mobilität und Existenzsicherung.

Langzeitpflege und Gesundheitspolitik

Ein Erfahrungsaustausch über verschiedene Präventivmassnahmen und Gesundheitspolitik kann zu gemeinsamen Standards beim Gesundheits- und Sozialschutz für ältere Menschen führen. Weitere Vorteile ergeben sich aus dem Erfahrungsaustausch über Themen wie Diversifizierung der Pflegeinfrastruktur, Qualifikation des Pflegepersonals oder Verfügbarkeit von Pflegepersonal zur Erreichung eines angemessenen Patienten-/Personal-Verhältnisses. Wenn Mitgliedstaaten es als nötig erachten, ausländisches Pflegepersonal zu beschäftigen, kann eine regionale Zusammenarbeit zu gemeinsamen Lösungen und Strategien beitragen.

*Migration von
Pflegepersonal*

Die Migration von qualifizierten als auch von unqualifizierten Personen im Pflegebereich betrifft sowohl deren Herkunftsländer als auch deren Zielländer. Die Herkunftsländer können diesem Know-how-Verlust mittels Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Pflegesektor entgegenwirken. Eine regionale Zusammenarbeit könnte auf Entscheidungen über die Einführung geeigneter Massnahmen gegen Menschenhandel einwirken. Ebenso kann die Zusammenarbeit für die Definition gemeinsamer Massnahmen gegen illegale Migration von Nutzen sein. Die Zielländer können Strategien zur Integration und sozialen Sicherheit von Migranten entwickeln. Sprachschulung und berufliche Qualifikation sind nur zwei Stossrichtungen in dieser Beziehung. Die regionale Zusammenarbeit kann den Schutz von Migranten im Pflegebereich durch die Einführung von Standards für Migranten fördern. Das kann unter anderem über Plattformen und Netzwerke zwischen Herkunftsländern und Zielländern geschehen.

*Erwachsenenbildung
und Freiwilligentätigkeit*

Regionale Zusammenarbeit bei der Erwachsenenbildung zielt darauf ab, Lebensläufe zu verbessern, gemeinsame Standards festzulegen und Erfahrungen auszutauschen. Dies betrifft vor allem Schulungen in den Bereichen Sprache und Informationstechnologien (IT) und berufliche Qualifikationen. Die verschiedenen Freiwilligenhilfe-Programme bieten ideale Voraussetzungen zum Lernen durch praktische Erfahrung, vor allem wenn sie durch einen subregionalen und regionalen Erfahrungsaustausch zusätzlich bereichert werden.

²⁷Weitere Informationen über die Anzahl der Männern und Frauen, die sich freiwillig engagieren, sowie über ihr Alter und ihre Verteilung, siehe: GHK. Op.cit., p.72.

Literaturverzeichnis

- Brodsky, J.; Habib, J.; Hirschfeld, M.: Key Policy Issues in Long-term Care, WHO Collaborating Centre for Research on Health of the Elderly JDC-Brookdale Institute, Geneva, 2003.
- Commission of the European Communities: Communication from the Commission to the European Parliament and the Council: Long-term Sustainability of Public Finances for a Recovering Economy, Brussels, COM (2009) 545/3
- Commission of the European Communities: European Economy: Progress and Key Challenges in the Delivery of Adequate and Sustainable Pensions in Europe, Occasional Paper: No. 71, Nov 2010, Brussels
- Commission of the European Communities: The Grundtvig Programme.
http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-programme/doc86_en.htm (accessed 15 September 2011)
- Economic and Social Research Institute: Attitudes towards Funding of Long-Term Care of the Elderly, Dublin, 2007.
- European Association of Regional & Local Authorities for Lifelong Learning, Policy Paper: Policies for Regional Cooperation in the field of lifelong learning, ISBN 978-88-88453-625-9, Firenze University Press, Firenze, 2010.
- Hoff, A.; Feldmann, S.; Vidovicova, L; Migrant Home Care Workers Caring for Older People: Fictive Kin, Substitute, and Complementary Family Caregivers in an Ethnically Diverse Environment. *International Journal of Ageing and Later Life*: 2010 5 (2): 7-16
- Holzmann, Robert: Old Age Income Support in the 21st Century, the World Bank, Washington D.C., 2005.
- Holzmann, R.: Aging Population, Pension Funds, and Financial Markets, Erste Stiftung, Washington, 2009.
- International Social Security Association - ISSA: Ageing and Social Security: Ten Key Issues: A Contribution by the ISSA to the implementation of the Madrid International Journal of European Public Policy: Orenstein, Mitchell, Out-liberalizing the EU: Pension privatization in Central and Eastern Europe, No.15, September 2008
- Lamura, G., Di Rosa, M., Melchiorre, M.G., Chiatti, C.: ESPAnet Conference: Social Policy and the Global Crisis; Stream 12.1/A.
http://www.espanet2010.net/en/328.file/p_Lamura-Interaction%20among%20migrant%20care.pdf (accessed 15 September 2011)
- Meier, V.; Werding, M.: Ageing and the Welfare State: Securing Sustainability. *Oxford Review of Economic Policy*. 2010 26 (4): 655-673
- Nyce, Steven A.: The Economic Implications of Aging Societies, Cambridge University press, New York, 2005.
- Netzwerk Migration in Europa der Bundeszentrale für politische Bildung.
http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=090501 (accessed 15 September 2011)
- Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE): Handbook on Establishing Effective Labour Migration Policies in Countries of Origin and Destination, Press and Public Information Section, Vienna, 2006.
- The European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions
www.eurofound.europa.eu/research/0296.htm (accessed 19 September 2011)
- The World Bank (2003). Lifelong Learning in the Global Knowledge Economy. Washington: The World Bank.
- United Nations Department of Economic and Social Affairs (UNDESA): Population Division, No.2010/2/E/Rev, 2010/08
- United Nations Department of Economic and Social Affairs (UNDESA). Population Division. World Population Prospects: The 2008 Revision.
- United Nations Department of Economic and Social Affairs (UNDESA). Population Division. World Population Prospects: 2010.
- United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) (2011). Working Group on Ageing. <http://live.unece.org/pau/Welcome.html>. (accessed 24 May 2011)
- U.S. Department of State: National Institute on Ageing: Why Population Aging Matters: A Global Perspective. Publication No. 07-6134, 2007,
<http://www.nia.nih.gov/NR/rdonlyres/9E91407E-CFE8-4903-9875-D5AA75BD1D50/0/WPAM.pdf> (accessed 16 September 2011)
- Van Hoore, F. (2010). Varieties of Migrant Care Work: Contrasting Patterns of Migrant Labour in Social Care in Italy, England and the Netherlands, Paper prepared for the Espanet Annual Conference 2010, Social Policy and the Global Crisis: Consequences and Responses.
- World Health Organization (WHO). Public Health Services: South-Eastern Europe Health Network (SEEHN).
<http://www.euro.who.int/en/what-we-do/health-topics/Health-systems/public-health-services/activities/south-eastern-europe-health-network-seehn> (accessed 15 September 2011)
- World Health Organization (WHO) (2006). Health Care Migration in the European Region: Country Case Studies and Policy Implications.

Checkliste : Regionale Zusammenarbeit in der Alterspolitik

Hauptbereiche	Umsetzungsbereiche	Schlüsselemente
Arbeitsmarkt	Förderung wirtschaftlicher Stabilität	Regionale Zusammenarbeit zur Vermeidung künftiger Wirtschaftskrisen
		Informations- und Expertise-Austausch
		Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums
		Förderung von altersfreundlicher Beschäftigungspolitik
		Förderung der Arbeitsmarkteteiligung älterer Menschen
		Regionale Zusammenarbeit zur Koordination von Arbeitsmobilität im UNECE-Raum
Altersversorgung	Nationale Rentenreform/ Pensionsreform	Umlagefinanzierte Rentensysteme/ Altersversorgungssysteme
		Privatversicherung
		Einbezug von Rentengutschriften für Frauen zur Abdeckung der verbrachten Zeit für Kindererziehung oder Langzeitpflege von Angehörigen
	Rententransfer in andere UNECE-Länder	Für im Ausland lebende Rentenbezüger
		Für Migranten, die im Rentenalter wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren, nachdem sie im Ausland gearbeitet haben
Gesundheit und Langzeitpflege	Gesundheitsprävention	Schaffung von Standards für den Gesundheitsschutz und die soziale Sicherheit von älteren Menschen
		Erfahrungsaustausch über verschiedene Präventivmassnahmen
	Langzeitpflege	Erfahrungsaustausch betreffend Diversifikation der Pflegeinfrastruktur
		Personalqualifikation
		Verfügbarkeit von Pflegepersonal zur Erreichung eines angemessenen Patienten-/Personal-Verhältnisses
		Bedarfsabklärung nach Pflegepersonal aus dem Ausland

Checkliste : Regionale Zusammenarbeit in der Alterspolitik

Hauptbereiche	Umsetzungsbereiche	Schlüsselemente
Pflegepersonal aus dem Ausland	Zusammenarbeit zwischen Herkunfts- und Zielländern	Schutz durch regionale Zusammenarbeit, Erstellen von Standards für Migranten, auch ältere Migranten
		Regionale Zusammenarbeit zur Entwicklung von Massnahmen gegen illegale Migration
		Schaffung von Plattformen und Netzwerken für gemeinsame Strategien zum Nutzen der Herkunfts- und der Zielländer
	Herkunftsländer	Verhinderung von Abwanderung durch Verbessern der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Pflegefachleuten
		Verhindern von Menschenhandel
	Zielländer	Untersuchung zur Lage von registrierten Migranten und solchen ohne geregelten Aufenthaltsstatus
		Sprachschulung
		Berufliche Qualifikation
		Integration und sozialer Schutz von Migranten
Erwachsenenbildung und Freiwilligentätigkeit	Regionale Zusammenarbeit in der Erwachsenenbildung	Berufliche Aus- und Weiterbildung
		Sprachschulung
		IT-Schulung
		Freiwilligentätigkeit als Erwachsenenbildungsmassnahme